

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Sahra Wagenknecht im Interview: „Unsere Partei darf nicht von Spinnern gekapert werden“](#)
2. [Pistorius sieht Gefahr eines Kriegs in Europa](#)
3. [Netanyahu macht Geheimdiensten Vorwürfe - und rudert zurück](#)
4. [Einsatz im östlichen Mittelmeer](#)
5. [Tödliche Doppelmoral: Der Westen und der Krieg in Gaza](#)
6. [Kleine Schritte](#)
7. [Zur Eskalation im Nahen Osten: Warum? Darum.](#)
8. [Eskalationen sind nicht aufzuhalten - Das Weiße Haus ist verunsichert; Eskalationen könnten alle zu einer verschmelzen](#)
9. [Craig Murray, defender of Julian Assange, detained under Britain's anti-terror laws](#)
10. [Habeck will Arbeit im Alter stärker belohnen - mit Prämien von über 9.000 Euro](#)
11. [Plötzliche Lücke: 160 Ärzte fehlen im Bereitschaftsdienst](#)
12. [Deutsche Kolonialzeit in Tansania: »Diese brutalen Verbrechen werden gezielt verschwiegen«](#)
13. [Was wir von der Friedensbewegung des vorigen Jahrhunderts lernen können](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Sahra Wagenknecht im Interview: „Unsere Partei darf nicht von Spinnern gekapert werden“**

Wagenknecht gründet eine eigene Partei. Hier spricht sie über den gescheiterten Plan zur Rettung der Linken, ostdeutsches Gespür für Bevormundung und darüber, was konservativ ist. [...]

Warum haben Sie als bekannteste und beliebteste Politikerin der Linken nie für den Parteivorsitz kandidiert? Wer außer Ihnen hätte das Ruder rumreißen können?
Ich habe schon lange keine innerparteiliche Mehrheit mehr. Zumindest nicht bei den Funktionären. Wir haben ja immer wieder versucht, die Schwerpunkte der Linken zu verändern, aber es ist uns nicht gelungen. Das Problem ist nicht nur die Parteiführung, sondern auch, dass sie mit ihrem Fokus auf kleine aktivistische Milieus beim aktiven Teil der Partei große Unterstützung hat.

Gregor Gysi sagte dem Spiegel, dass er Sie fast dazu gebracht hätte, in der Linken zu bleiben. Sie beide hätten sogar ein Papier mit gemeinsamen Positionen verfasst. Auch die Parteichefs wären, obwohl es ihnen nicht richtig gefallen habe, einverstanden gewesen. Allerdings hätten diese dann Ihre Friedensdemo nicht ausreichend unterstützt, woraufhin Sie nicht mehr an einer Lösung interessiert gewesen wären. Ist das richtig?

Nein. Die Parteivorsitzenden hatten das Papier zur Strategie der Linken, auf das sich Gysi und ich vor gut einem Jahr geeinigt hatten und das sehr vernünftig war, nicht unterstützt. Sonst hätte es die von Gysi vorgeschlagene Pressekonferenz ja gegeben. Die Kundgebung war erst Ende Februar 2023. Aber es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob dann alles anders gekommen wäre. Ein gemeinsames Papier hätte sicher nicht gereicht, damit die Linke das Vertrauen der Wähler zurückgewinnt. Sie sagen immer, die Linke habe sich in den vergangenen Jahren verändert. Aber trifft das nicht auch auf Sie selbst zu?

Sicherlich, wenn Sie sich meine gesamte Biografie anschauen, ist das so. Aber wenn Sie meine Bücher lesen, wird Ihnen auffallen, dass ich meine wirtschaftspolitischen Positionen schon seit vielen Jahren vertrete.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

dazu: **Wagenknecht-Partei könnte zur Gefahr für die politische Mitte werden**
Der Politikexperten Wurthmann erklärte abschließend: „Wagenknechts Interesse ist, dass sie möglichst viele Angriffe abbekommt und dauerhaft im Gespräch bleibt“. „So kann diese Partei zum Selbstläufer werden. Vielleicht sehen wir gerade, wie sich das Meer zurückzieht, ohne vom Tsunami zu wissen, der bald kommt.“

Quelle: [FR Online](#)

2. Pistorius sieht Gefahr eines Kriegs in Europa

Der Konflikt in Nahost und Russlands Krieg gegen die Ukraine sollten auch in der deutschen Gesellschaft Konsequenzen haben, fordert Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius. Der SPD-Politiker sagte in der ZDF-Sendung „Berlin direkt“: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in

Europa drohen könnte.“ Deutschland müsse wehrhaft sein, das gelte sowohl für die Bundeswehr als auch für die Gesellschaft: “Wir müssen kriegstüchtig werden”, so Pistorius. Zugleich werde Deutschland im Nahost-Konflikt alles dafür tun, dass es zu keiner weiteren Eskalation komme. Vorwürfe, die Bundesregierung sei bei der sogenannten Zeitenwende zu langsam, wies Pistorius zurück. “Viel mehr Tempo geht gar nicht.“ Man habe nicht nur ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro aufgelegt, sondern auch Strukturen verändert. Wohl aber sei die Bundeswehr lange vernachlässigt worden, sagte Pistorius: “Das alles lässt sich, was in 30 Jahren verbockt worden ist, sorry wenn ich das so sage, und runtergewirtschaftet worden ist, nicht in 19 Monaten wieder einholen.“ Deutschland werde aber bereits Ende dieses Jahrzehnts ganz anders dastehen. Zuvor hatte sich Wirtschaftsminister Robert Habeck für mehr Geld für die Bundeswehr ausgesprochen. Der Grünen-Politiker sagte, darüber müsse rechtzeitig debattiert werden – und zwar, bevor das Sondervermögen auslaufe. “Wenn wir die Zeitenwende ernst nehmen, muss Deutschland für seine Sicherheit mehr tun. Dafür werden wir für die Bundeswehr viel Geld brauchen.“

Quelle 1: [ZDF](#)

Quelle 2: [Berlin direkt](#)

Anmerkung unseres Lesers E.W.: *Kriegsminister Pistorius forderte u.a. einen Mentalitätswechsel in der Bevölkerung und erklärte (ab min. 11:44) “wir müssen kriegstüchtig werden”. Ein Horror das mittlerweile Politiker öffentlich in einem öffentlich-rechtlichen Sender so etwas unwidersprochen(!) zum Besten geben können. Kriegsvorbereitung ist angesagt, Landesverteidigung war gestern. Ich kann nur hoffen das Mentalitätswechsel in der Bevölkerung so ausfällt, dass diese kriegsvorbereitende Politik endlich abgewählt wird! In allen Sozialtats soll gestrichen werden, zugunsten einer nie dagewesenen Aufrüstung. Unfassbar!!*

Anmerkung unserer Leserin I.S.: *Fassungslos. Wie können wir das einfach so hinnehmen? Wir sollen uns an KRIEG gewöhnen??? Meine Söhne sind 20 und 23 Jahre alt. Soll ich mich schonmal an den Gedanken gewöhnen, dass sie bald als Soldaten sterben? Ja, ich weiß. Er hat es geschickt formuliert. Gefahr. Drohen. Könnte. Damit wir zunächst erstmal die weitere Aufrüstung hinnehmen. Leute, geht auf die Straße. Protestiert. Seid laut! Geht endlich auf die Straße und protestiert!*

3. **Netanyahu macht Geheimdiensten Vorwürfe - und rudert zurück**

Seit dem verheerenden Hamas-Angriff beschäftigt ganz Israel die Frage, wie die Terroristen unbemerkt ins Land gelangen konnten. Nun warf Regierungschef

Netanyahu Geheimdiensten vor, ihn nicht gewarnt zu haben - und entschuldigte sich daraufhin. [...]

Die für die Beobachtung des Gebiets an der Grenze zum Gazastreifen zuständigen Soldaten hatten berichtet, sie hätten in den Wochen und Monaten bedrohliche Bewegungen im Gazastreifen bemerkt und davor gewarnt. Diese Warnungen seien jedoch von den Vorgesetzten ignoriert worden. Was am 7. Oktober folgte, war das schlimmste Massaker der Staatsgeschichte Israels.

Quelle: [tagesschau](#)

Anmerkung Albrecht Müller: *Zum letzten Absatz: die Hinweise sind doch absichtlich ignoriert worden. Das ist doch kein Versäumnis, sondern ein abgekartetes Spiel.*

dazu auch: **Netanyahu hat die Hamas für seine Strategie missbraucht**

Israels Ministerpräsident müsse jetzt trotz Krieg zurücktreten, fordert «Guardian»-Kolumnist Jonathan Freedland.

Der britische Journalist Jonathan Saul Freedland bezeichnet sich selber als «liberalen Zionisten». Wenn er in Israel einen Führungswechsel in Kriegszeiten fordere, sei dies nichts Ungewöhnliches: 1940 habe dies für Grossbritannien mit dem Wechsel zu Winston Churchill gut funktioniert. Ein Rücktritt sei zwar angesichts der absoluten Kontrolle Netanyahus über seine Partei unwahrscheinlich: «Aber Israel muss den Mann loswerden, der es an diesen düsteren Scheideweg geführt hat, und ihn durch jemanden ersetzen, der den richtigen Weg einschlägt - einen Weg, der nicht von den Todfeinden des Landes gepflastert ist.» Das erklärt Jonathan Freedland im Guardian.

Quelle: [Infosperber](#)

4. **Einsatz im östlichen Mittelmeer**

Die Bundeswehr bringt sich im östlichen Mittelmeer in Stellung und hat vor der beginnenden israelischen Bodenoffensive bereits mehr als 1.000 Soldaten in der Region stationiert. Dabei handelt es sich zum einen um Militärs, die im Rahmen bestehender Einsätze entsandt wurden; so beteiligt sich die Deutsche Marine am UN-Blauhelmeinsatz UNIFIL und stellt dafür unter anderem ein Kriegsschiff bereit, bislang die Korvette Oldenburg, künftig die Fregatte Baden-Württemberg. Darüber hinaus ist der Einsatzgruppenversorger Frankfurt am Main zur Zeit im östlichen Mittelmeer unterwegs; er habe „ein Rettungszentrum an Bord“, das „mit einem kleinen Kreiskrankenhaus“ vergleichbar sei, heißt es. Zuletzt wurden vor allem Soldaten des Kommandos Spezialkräfte sowie Spezialeinheiten der Deutschen Marine nach Zypern und in den Libanon verlegt. Im Libanon ist die Bundeswehr ohnehin mit

Tankflugzeugen präsent, die im Rahmen der Anti-IS-Koalition operieren. Als wahrscheinlichste Maßnahmen gelten Evakuierungsoperationen, vor allem für den Fall, dass an der israelisch-libanesischen Grenze eine zweite Front eskaliert. Auch andere Spezialkräfteeinsätze sind denkbar.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

5. **Tödliche Doppelmoral: Der Westen und der Krieg in Gaza**

In der EU verhindert die Bundesregierung ein Eintreten für eine humanitäre Feuerpause. Wer widerspricht, nicht etwa aus humanitären Gründen, sondern aus der geopolitischen Einsicht einer völligen Selbstisolierung des Westens, wie der Vorsitzende der Münchner »Sicherheitskonferenz«, Christoph Heusgen, ein eingefleischter Transatlantiker, der »vor einem Flächenbrand« in der Region warnte, sollte Israel die angekündigte Bodenoffensive beginnen, wird als Unterstützer der Hamas diffamiert und ausgegrenzt. Wie gesagt, Heusgen ist keine Friedenstaube, doch mit absurden Vorwürfen wird versucht, den öffentlichen Diskurs drastisch zu verengen und die Fortführung und Ausweitung des Krieges als alternativlos darzustellen. Die Verbündeten des Westens in der arabischen Welt sind auch deshalb angesichts der bedingungslosen Unterstützung für eine Fortsetzung des Krieges, der vor allem Zivilisten trifft, konsterniert. Auch vor dem Hintergrund der massiven Unterstützung der USA mittels Waffen und Finanzmittel und der engen Abstimmung mit der NATO. Nur mit einer bedingungslosen Unterstützung lässt sich plausibel erklären, dass die USA gegen eine humanitäre Feuerpause im UN-Sicherheitsrat ihr Veto eingelegt haben. Es wird überdeutlich, dass es in letzter Instanz die Vereinigten Staaten sind, die eine Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967 und einem palästinensischen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt und internationalen Sicherheitsgarantien für Israel verhindern. Der Krieg führt aber nicht nur zu einer internationalen Selbstisolierung des Westens infolge der zur Schau gestellten tödlichen Doppelmoral, sondern auch zu einem Kollaps der Vernunft im Westen selbst. Ablesbar etwa an der Verschwörungsideologie der selbsterklärten Militärexpertin und Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann. »Und man muss eines klar machen: Diese beiden Konflikte, diese beiden Angriffe - Russlands Angriff auf die Ukraine, der terroristische Angriff der Hamas auf Israel - hängt (sic!) unmittelbar zusammen. Übrigens war das am Tag von Putins Geburtstag, der 7. Oktober. Das sind alles keine Zufälle«, gab sie im ZDF-Interview unhinterfragt und unwidersprochen zum besten. Die Zerstörung der Vernunft in Zeiten des Krieges lässt sich besser fast nicht dokumentieren. Sich nicht dumm machen zu lassen und darauf zu beharren, dass es keine militärische Lösung für diesen Konflikt gibt und es dringend einen humanitären Waffenstillstand braucht, ist und bleibt das Gebot der Stunde.

Quelle: [Sevim Dagdelen in junge Welt](#)

6. **Kleine Schritte**

Hamas-Vertreter bekräftigt in Moskau Bereitschaft zur Freilassung von Geiseln. Dafür braucht es eine Waffenruhe. UNO bestätigt hohe Opferzahlen.

Die Bedingungen für eine Freilassung der in Gaza festgehaltenen Geiseln werden konkreter. Nach einem Treffen des Hamas-Vertreters Musa Abu Marsuk am Donnerstag mit russischen Diplomaten im Moskauer Außenministerium, zitierte die Zeitung Kommersant am Freitag ein palästinensisches Delegationsmitglied mit den Worten: Man brauche Zeit, um all diejenigen ausfindig zu machen, die am 7. Oktober von verschiedenen palästinensischen Gruppierungen entführt worden seien. »Um sie im Gazastreifen zu finden und dann freizulassen«, sei jedoch ein »ruhiges Umfeld« erforderlich, sagte Abu Hamid. Er bekräftigte die Absicht der Hamas, »zivile Gefangene« freizulassen. Bislang sind vier Geiseln freigelassen worden. Die Vermittlungsbemühungen zwischen den beiden Seiten werden laut Al-Dschasira von Ägypten und Katar geleitet. In Gaza stieg die Zahl der durch Israels Luftangriffe Getöteten am Freitag unvermindert an: 7.326 Tote wurden gemeldet. Gegenüber der Behauptung, die Zahlen seien nicht glaubhaft – etwa von US-Präsident Joseph Biden verbreitet –, verwahrten sich internationale Organisationen. Zum einen habe die Weltgesundheitsorganisation über Jahre keinen Anlass für Zweifel an Zahlen dieser Gesundheitsbehörden (in Gaza) gehabt, sagte der WHO-Vertreter für die besetzten palästinensischen Gebiete, Richard Peepkorn, am Freitag. Zum anderen mache es auch keinen Unterschied, ob es tausend mehr oder weniger Opfer gebe – die humanitäre Lage im Gazastreifen sei katastrophal, die Zahl der Opfer durch israelische Angriffe enorm. Demnach funktionierten 23 der insgesamt 35 Krankenhäuser im Gazastreifen nur noch teilweise.

Quelle: [junge Welt](#)

7. **Zur Eskalation im Nahen Osten: Warum? Darum.**

„Warum hat die Hamas das getan?“ – diese Frage beherrscht auch in den linken Kreisen die Debatte, wenn es um die Eskalation im Nahen Osten geht. Keine Diskussion, keine Veranstaltung, in der nicht mindestens eine Person diese Frage stellt, mit moralisierendem Unterton, häufig ist sie mit „Wie konnten sie nur?“ zu übersetzen. Dabei ist die Erklärung simpel, die Hamas hat die Frage, was sie und ihre Verbündeten zur „Al-Aksa-Flut“ getrieben hat, selbst beantwortet: Es war nicht länger zu ertragen. Man muss die Konsequenz aus dieser Erklärung nicht teilen, man muss nicht gutheißen, wie die Hamas Israel angegriffen hat. Aber man muss anerkennen, dass es für die Hamas und ihre Verbündeten Gründe gab, die so schwer wogen, dass es zur „Al-Aksa-Flut“ kam. Da sind erstens die gefangenen Palästinenser. 8.000 harren in israelischen Gefängnissen aus, viele von ihnen alt, viele Frauen, selbst Kinder, die in

Gefangenschaft geboren wurden und nicht in Freiheit leben dürfen. Zudem sind viele von ihnen in sogenannter administrativer Haft - ohne Anklage, ohne Gerichtsprozess, ohne die Möglichkeit, sich zu verteidigen. Da ist das Verhöhnern der Palästinenser und der Vereinten Nationen durch Benjamin Netanjahu und seine Regierung.

Quelle: [Melina Deymann in unsere zeit](#)

8. **Eskalationen sind nicht aufzuhalten - Das Weiße Haus ist verunsichert; Eskalationen könnten alle zu einer verschmelzen**

Die Realität der Kriegsnotwendigkeit dringt weit in das Bewusstsein der arabischen und islamischen Welt ein.

Tom Friedman sprach am vergangenen Donnerstag in der New York Times eine eindringliche Warnung aus:

“Ich glaube, wenn Israel jetzt [einseitig] in den Gazastreifen stürmt, um die Hamas zu zerstören, wird es einen schweren Fehler begehen, der für die israelischen und amerikanischen Interessen verheerend sein wird. Es könnte einen globalen Flächenbrand auslösen und die gesamte pro-amerikanische Bündnisstruktur, die die USA aufgebaut haben, zum Explodieren bringen... Ich spreche vom Camp-David-Friedensvertrag, den Osloer Friedensverträgen, den Abraham-Verträgen und der möglichen Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien. Die ganze Sache könnte in Flammen aufgehen.

Unglücklicherweise, so der hochrangige US-Beamte [Friedman], sind die israelischen Militärs jetzt sogar noch hawkischer als der Premierminister. Sie sind rot vor Wut und entschlossen, der Hamas einen Schlag zu versetzen, den die ganze Nachbarschaft nie vergessen wird.”

Friedman spricht hier natürlich von einem amerikanischen Bündnissystem, dessen Dreh- und Angelpunkt die Vorstellung ist, dass Israels militärische Stärke unbesiegbar ist - das Paradigma der “kleinen NATO”, das als wesentliches Substrat für die Ausbreitung der amerikanisch geführten Regelordnung in Westasien dient. Es ist vergleichbar mit dem Substrat des NATO-Bündnisses, dessen behauptete “Unbesiegbarkeit” die US-Interessen in Europa untermauert hat (zumindest bis zum Ukraine-Krieg).

Quelle: [Seniora.org](#)

9. **Craig Murray, defender of Julian Assange, detained under Britain’s anti-terror laws**

The Socialist Equality Party denounces the British authorities’ menacing detention of Craig Murray under repressive anti-terror laws. The human rights activist and former British diplomat was detained and questioned under the Prevention of Terrorism Act at Glasgow Airport on Monday.

Murray was returning from Iceland where he met with senior figures in the Julian

Assange defence campaign. On Sunday, he joined a protest called by the Palestine Solidarity Committee outside the parliament in Reykjavik against Israel's genocidal war on Gaza.

Quelle: [WSWS](#)

10. **Habeck will Arbeit im Alter stärker belohnen - mit Prämien von über 9.000 Euro**

Neben zahlreichen Maßnahmen für bessere Standortbedingungen nimmt der Wirtschaftsminister ein weiteres gravierendes Problem in den Blick, mit dem sich die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren auseinandersetzen muss: den Fachkräftemangel. Die Arbeitskräftelücke drohe bis zum Ende des Jahrzehnts zu dem Wachstumsproblem für Deutschland zu werden, warnt Habeck.

Abhilfe schaffen sollen Senioren und Seniorinnen: „Gerade auf das Wissen, Können und die Erfahrung von älteren Menschen sollten wir nicht verzichten“, steht in dem Papier des Wirtschaftsministers. Er plädiert deshalb für gezielte Anreize: Wer übers Rentenalter hinaus im Job bleibe, könne etwa den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung direkt ausbezahlt bekommen. „Alternativ dazu wäre ein steuerlicher Freibetrag für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte oberhalb der Regelaltersgrenze denkbar“, heißt es in der Strategie.

Quelle: [Merkur](#)

***Anmerkung unseres Lesers H.M.:** Die Rentenpolitik des Bundes passt nicht zusammen. Erst die Rente mit 63 beschließen, dann Zuverdienstgrenzen für Rentner großzügig gestalten, und jetzt noch ältere Arbeitnehmer mit Steuermitteln zurück in Arbeitsleben holen. Dass Habeck keinen Plan und keine Ahnung von der Materie hat, muss man nicht groß unterstreichen.*

11. **Plötzliche Lücke: 160 Ärzte fehlen im Bereitschaftsdienst**

Patienten müssen sich offenbar auf lange Wartezeiten beim hausärztlichen Notdienst einstellen - und das schon an diesem Wochenende. 160 Bereitschaftsärzte in Niedersachsen dürfen nicht mehr arbeiten.

Das berichtet die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" (HAZ). Grund ist ein Urteil des Bundessozialgerichts. Im kassenärztlichen Notdienst sind viele Ärztinnen und Ärzte im Einsatz, die keine eigene Praxis haben. Sie haben bisher selbstständig und sozialversicherungsfrei gearbeitet. Das hat sich mit dem Gerichtsurteil geändert: Sind Medizinerinnen und Mediziner im Bereitschaftsdienst tätig, müssen die Kassenärztliche Vereinigungen der Länder nun Rentenversicherungsbeiträge für sie zahlen. Das können sie offenbar nicht leisten.

Quelle: [NDR](#)

12. **Deutsche Kolonialzeit in Tansania: »Diese brutalen Verbrechen werden gezielt verschwiegen«**

Bis 1918 besetzte das Deutsche Reich das heutige Tansania als Kolonie Deutsch-Ostafrika - mit brutaler Gewaltherrschaft. Nun reist Bundespräsident Steinmeier an. Historiker Oswald Masebo erklärt, was er vom Besuch erwartet.

Am kommenden Montag reist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach Tansania. Er besucht einen historisch denkbar heiklen Ort: Songea, das Zentrum des Maji-Maji-Aufstandes gegen die deutsche Kolonialherrschaft, als erster hochrangiger Politiker aus Deutschland. Tausende Einheimische erhoben sich in den Jahren 1905 bis 1907 gegen die Unterdrücker aus dem Deutschen Reich. Ihr Aufstand wurde von den Kolonialherren brutal niedergeschlagen, bis zu 300.000 Menschen kamen infolgedessen zu Tode, die genaue Zahl ist noch immer nicht bekannt.

Die Reise Steinmeiers ist also auch ein Trip in ein dunkles Kapitel der deutschen Vergangenheit, das in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle spielt. Welche Worte sollte der Bundespräsident finden? Was erwarten die Hinterbliebenen der Opfer? Wie tief sitzen die Wunden vor Ort? Darüber hat DER SPIEGEL mit Oswald Masebo gesprochen, tansanischer Kolonialhistoriker und Vorstandsvorsitzender des Nationalmuseums.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

13. **Was wir von der Friedensbewegung des vorigen Jahrhunderts lernen können**

Die Friedensbewegung hat aktuell am 25. November 2023 zu einer großen Friedensdemo in Berlin aufgerufen, vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und in Nahost und in anderen Teilen der Welt sowie der gigantischen Aufrüstungsprogramme. Sie kann sich dabei auf Friedensaktivisten berufen, die bereits im vorigen Jahrhundert die heutige Entwicklung vom kalten Krieg zum heißen Krieg vorausgesehen haben und Alternativen aufzeigten oder Widerstand leisteten. Ihre erschütternden Worte klingen wie aus der Gegenwart und rütteln mehr denn je auf. Es sind radikale Stimmen der Vernunft.

Dafür stehen Namen von Pazifisten wie Dorothee Sölle, Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz und Dietrich Bonhoeffer als evangelische Theologen und Uta Ranke-Heinemann als katholische Theologin. Unvergessen ist auch die Schriftstellerin und Friedensnobelpreisträgerin aus der Friedens- und Frauenbewegung, Bertha von Suttner, aber auch Politiker wie Gustav Heinemann oder die grüne Politikerin Petra Kelly, die Schriftsteller Heinrich Böll, Freimut Duve und andere. Hören wir heute auf ihre zeitlosen Worte, allen voran Dorothee Sölle, dann begreifen wir: Der Krieg beginnt in den Köpfen.

Quelle: [lokalkompass.de](#)